

FRANKREICH- ZENTRUM

der Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg i.Br.

Bulletin no 29

Oktober 2000

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich möchte Sie mit der heutigen Ausgabe des Bulletins sehr herzlich begrüßen und Sie zunächst über die wichtigsten Ereignisse der vergangenen und der kommenden Wochen informieren.

Zunächst möchte ich Ihnen bekanntgeben, daß Herr Professor Jurt am 13. Oktober 2000 die „Insignes de Chevalier dans l'Ordre National du Mérite“ verliehen wurden. Professor Jurt erhielt diese Auszeichnung im Rahmen einer feierlichen Zeremonie vom Generalkonsul Frankreichs in Stuttgart, Francis Etienne, für seine Verdienste um die deutsch-französische Verständigung, die er sich mit seinen akademischen Tätigkeiten und im persönlichen Engagement erworben hat. Die Laudatio hielt der Gesandte für Kultur und Leiter der Kulturabteilung der Französischen Botschaft, Berlin, Prof. Dr. Jacques-Pierre Gougeon. Hierzu möchte ich Herrn Jurt nochmals sehr herzlich beglückwünschen.

Am 16. Oktober hat der erste Jahrgang den reformierten Studiengang „Interdisziplinäre Frankreich-Studien“ aufgenommen; er hat 13 Teilnehmer. Dem Jahrgang, der sich momentan im Praktikum in Frankreich befindet und der noch nach der alten Studienordnung begonnen hatte, steht als Übergangsregelung eine Verkürzung des Studiums offen. Diese Studierenden können sich nach dem Praktikum dem Jahrgang anschließen, der soeben begonnen hat. Auf diese Weise stehen sie bereits zum nächsten Herbst dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Bulletin

Redaktion: Annette Obenauf
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Rolf G. Renner

FRANKREICH-ZENTRUM
Universität Freiburg
Haus Zur Lieben Hand

Ich möchte Ihnen ferner vom letzten Sommerkurs berichten, der nun zum fünften Mal vom Frankreich-Zentrum in Zusammenarbeit mit dem Institut Français und mit Unterstützung der Französischen Botschaft durchgeführt wurde. Das diesjährige Thema lautete „La France et son histoire“; der Kurs fand, wie in den Jahren zuvor, sowohl bei den Erwachsenen als auch bei den Schülern großen Anklang. Es war uns eine Freude, den Leiter der Kulturabteilung der französischen Botschaft in Berlin, Herr Professor Jacques-Pierre Gougeon begrüßen zu können, der eigens zu einem Vortrag für unsere Abschlußveranstaltung nach Freiburg kam.

Des weiteren fand vom 20.-21. Oktober 2000 zum zweiten Mal das Deutsch-Französische Forum – dieses Jahr in Saarbrücken – statt. Auf der als Jobbörse konzipierten Messe war das Frankreich-Zentrum mit einem Stand präsent und konnte den Aufbaustudiengang vorstellen. Auch Studierende und Absolventen des Frankreich-Zentrums nutzten diese Gelegenheit, Kontakte zu potentiellen Arbeitgebern zu knüpfen und Vorstellungsgespräche zu führen.

Das Frankreich-Zentrum wird auch bei den Deutsch-Französischen Hochschultagen vertreten sein, die am 9./10. November 2000 an der Humboldt-Universität in Berlin stattfinden werden. Diese Initiative des DAAD und der Französischen Botschaft Berlin richtet sich an Studierende aller Fächer, um diese über die Vorteile und Perspektiven einer deutsch-französischen Doppelkompetenz zu informieren.

Nicht zuletzt möchte ich Sie schon heute auf unser Intensivseminar hinweisen, das erstmals Anfang Februar 2001 durchgeführt werden wird. Das für Führungskräfte ausgerichtete Seminar ist dem Thema „Unternehmensführung in deutsch-französischen Betrieben und Gesellschaften“ gewidmet.

Der heutige Artikel stammt von Herrn Professor Udo Kempf. Er ist assoziiertes Mitglied des Frankreich-Zentrums und führt seit vielen Jahren im Aufbaustudiengang die Unterrichtseinheit „Grundlagen des politischen Systems in Frankreich“ durch. Sein Artikel befaßt sich mit dem Hintergrund des Volksentscheids in Frankreich, der die Amtszeit des Staatspräsidenten von 7 auf 5 Jahre reduzierte. Ich danke Herrn Professor Kempf sehr herzlich für diesen Beitrag.

Ihnen allen wünsche ich wie immer eine angenehme Lektüre.

Ihr



Rolf G. Renner
Sprecher des Vorstands des
Frankreich-Zentrums

Inhalt:

- Prof. Dr. Udo Kempf: „Fünf Jahre sind genug!“ Zur Reduzierung der Amtszeit des französischen Staatspräsidenten.
- Veranstaltungen / Vorankündigungen

Udo Kempf

„Fünf Jahre sind genug!“ – Zur Reduzierung der Amtszeit des französischen Staatspräsidenten

Am 27. September 2000 sprachen sich die Franzosen in einem Volksentscheid für die Verkürzung der Amtszeit des Staatspräsidenten von sieben auf fünf Jahre (Quinquennat) aus. Nur 26,8% der Wähler stimmten gegen die Änderung des Verfassungsartikels 6. Allerdings lag die Wahlbeteiligung bei diesem 9. Referendum nur bei 30,5% – die niedrigste in der Geschichte der V. Republik. Dieses Desinteresse war um so erstaunlicher, als sich in allen Umfragen drei von vier Franzosen für eine Verkürzung dieser Amtszeit ausgesprochen hatten. Da die Verfassung bei Volksabstimmungen keine Mindestquote vorsieht, war das Referendum, welches das sogenannte Septennat nach 127 Jahren abschaffte, somit gültig. Die mangelnde Begeisterung war nicht bedingt wie bei einigen früheren Referenden durch Boykottaufrufe eines der großen politischen Lager. Im Gegenteil, abgesehen von wenigen kleinen politischen Gruppierungen wie den von Charles Pasqua geführten Altgaullisten, für die die Verfassungsänderung ein „Anschlag auf die vom General geschaffenen Institutionen“ war, und dem extrem konservativen Werten anhängenden Sonderling Philippe de Villiers sowie einigen Politikern der extremen Linken bzw. der Grünen, denen die Novellierung nicht weit genug ging, befürwortete die Linke wie die Rechte die geplante Mandatsreduzierung.

Für den sozialistischen Regierungschef Jospin, der seine Enttäuschung über das geringe Wähler-votum nicht verhehlte, war die schwache Beteiligung sogar als Misserfolg zu werten, gehörte er doch seit Frühsommer 2000, aber auch schon im Wahlkampf 1995 zu den stärksten Befürwortern einer Mandatsverkürzung. Staatspräsident Chirac hatte sich – nach anfänglich ablehnender Haltung – zögernd den stärker werdenden Forderungen angeschlossen unter der Bedingung, daß nur das Wort „sieben“ im Verfassungstext zur Änderung vorgeschlagen würde, nicht jedoch weitere Verfassungsnovellierungen. Der Neogaullist konnte mit Verweis auf den nahezu gleichlautenden Text eines seiner Vorgänger, Georges Pompidou, seinen Sinneswandel gegenüber der eigenen Anhängerschaft begründen. Im Jahre 1973 war allerdings nicht das Volk zur Entscheidung aufgerufen. Der damalige Staatspräsident beabsichtigte, gemäß der Verfassung beide Häuser des Parlaments zum „Kongreß“ einzuberufen, der mit Dreifünftelmehrheit die Reduzierung der Amtsdauer zu ratifizieren hatte. Da die hohe Mehrheit wegen Differenzen in den eigenen Reihen („Verrat am Erbe de Gaulles“) unsicher war, verzichtete Pompidou

schließlich auf die Einberufung des „Kongresses“ und damit auf die geplante Änderung des Artikels 6. Chirac wollte, da sich eine Mandatsreduzierung nicht länger vermeiden ließ, mittels eines Referendums (die zweite Möglichkeit, die Verfassung zu novellieren), die Wiederholung eines solchen Risikos und damit die Spaltung der eigenen Partei vermeiden.

Welche Gründe bewogen im Herbst 2000 die Politiker der Rechten wie der Linken, das damalige Anliegen wieder aufzugreifen und dem Volk eine Reduzierung der Amtszeit des Staatspräsidenten vorzuschlagen? Vordergründig wurde auf die Demokratisierung und Modernisierung der Institutionen hingewiesen, da eine Amtszeit von sieben Jahren zu lang sei und das Staatsoberhaupt rascher der Legitimierung bedürfe. Außerdem könne bei einer Angleichung der Amtszeit des Staatspräsidenten an diejenige der Abgeordneten die Wahrscheinlichkeit einer neuen Kohabitation vermindert, vielleicht sogar verhindert werden.

Für die beiden Hauptkonkurrenten im bald bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampf traten persönliche Gründe hinzu: Der amtierende Staatsoberhaupt wird, sollte er sich im April 2002 zur Wiederwahl stellen, 69 Jahre alt sein. Nach Meinung seiner Berater hätte er bei einer erneuten Amtszeit von sieben Jahren aus Altersgründen kaum eine Chance, bestätigt zu werden. Folglich änderte Chirac seine anfänglich ablehnende Haltung zu Gunsten einer Reduzierung der Amtszeit. Sein politischer Gegenspieler Jospin hoffte, sich als Verfassungsmodernisierer profilieren zu können und warb für weitere Veränderungen am Verfassungstext. Zwar will auch er die Kompetenzen des Staatsoberhauptes unangetastet lassen, plädiert aber für eine Stärkung der Rechte des Parlaments und damit für eine Entschärfung des für die Regierung so angenehmen Instrumentariums des „rationalisierten Parlamentarismus“. Dieser erlaubt es der Exekutive – verkürzt betrachtet –, die Kontrollfunktion des Parlaments drastisch einzuengen. An dieser Situation haben letztlich auch die drei Kohabitationsphasen nichts geändert. Die gegenwärtige ist wegen der mehr oder weniger selbst verschuldeten Schwäche Chiracs durch die vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 1997 sowie durch den anschließenden Zerfall der bürgerlichen Rechten dadurch gekennzeichnet, daß der Staatsoberhaupt im Gegensatz zur ersten, aber auch zweiten Kohabitation dem Regierungschef nicht nur in der Innen- sondern auch in der Außenpolitik, der sogenannten *domaine réservé* des Staatspräsidenten, politische Mitentscheidung einräumen mußte.

Einen solchen Zustand, der nach Meinung der meisten Verfassungsrechtler und Politiker gegen den Geist der de Gaulleschen Verfassung steht, dauerhaft zu beenden, wurde als wichtigstes Argument für die Verkürzung der Amtszeit vorgebracht; dies dürfte jedoch Wunschdenken bleiben. Zunächst ist anzumerken, daß im März 2002 die

Nationalversammlung turnusmäßig neu gewählt wird; erst im April steht der erste Wahlgang zur Neuwahl des Staatspräsidenten an. Eine Verlängerung der Amtszeit der Abgeordneten bis nach der Wahl des Staatsoberhauptes lehnte Chirac ebenso kategorisch ab wie seinen vorzeitigen Rücktritt. (Die Hoffnung der Linken, Chirac wegen verschiedener Parteispendenaffären aus seiner Zeit als Pariser Bürgermeister in Schwierigkeiten bringen zu können, ist durch den Spruch des Verfassungsrates, ein Staatschef könne während seiner Amtszeit – außer im Falle eines Hochverrats – nicht angeklagt werden, zerstoßen. Allerdings dürfte dieses Thema im bevorstehenden Wahlkampf eine große Rolle spielen.)

Würde zunächst die Wahl des Staatspräsidenten stattfinden, könnten möglicherweise die Wähler kurze Zeit später bei den Parlamentswahlen der ihm politisch nahestehenden Koalition ebenfalls zur Mehrheit verhelfen; allerdings ist dies kein Automatismus, wie die Parlamentswahlen 1988 wenige Wochen nach François Mitterrands Wiederwahl gezeigt haben. Was geschieht, wenn beim jetzt (noch) gültigen Zeitplan die Wähler zunächst einer vielleicht linken Parteienkoalition zur Mehrheit verhelfen, wenige Wochen später aber bei der Präsidentschaftswahl eine politische Richtungsänderung vornehmen? In einem solchen Fall bliebe es – wie zwischen 1997 und 2002 – bei einer erneuten Kohabitation. Oder der neu gewählte Staatschef löst die Nationalversammlung auf in der Hoffnung, eine seinen politischen Vorstellungen nahestehende Mehrheit zu erhalten – allerdings mit dem Risiko, daß die Wähler ihm nicht „folgen“ (wie 1997 geschehen). Aber auch der umgekehrte Fall – zunächst Wahl des Staatsoberhauptes und dann diejenige der Abgeordneten – bietet keine Garantie dafür, daß die Franzosen die politische Dominanz des Präsidenten gegenüber der Volksvertretung sichern. Umfragen belegen nämlich, daß die Mehrheit mit dem gegenwärtigen System der Aufteilung der Macht zwischen einem Präsidenten und einem Regierungschef aus entgegengesetzten politischen Lagern gar nicht so unzufrieden ist. Letztlich dürfte also das Argument, das Volk schon nach fünf Jahren zur Wahl des Staatschefs aufzurufen und diesen zu legitimieren, das überzeugendste sein. Zweifellos sinnvoller wäre nach 42 Jahren eine „Totalrevision“ der Verfassung der V. Republik gewesen; aber daran dürften – trotz gegenteiliger Beteuerung – weder der Kandidat der Linken noch derjenige der Rechten ein Interesse haben.

Die während der diesjährigen Debatte geäußerten Überlegungen des ehemaligen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing und des früheren Premierministers Edouard Balladur, mittels der Mandatsreduzierung langfristig eine Änderung der Institutionen hin zu einem präsidentiellen Regierungssystem à la USA zu erzielen, dürften „Luftschlösser“ bleiben, denn nicht nur das französische Parteiensystem unterscheidet sich fundamental vom amerikani-

schen; auch die politische Kultur ist eine gänzlich andere.

Professor Kempf lehrt Politikwissenschaft sowie Politische Bildung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg und ist zusammen mit Ernst Ulrich Große und Rudolf Michna Koautor des Bandes *Rhône-Alpes. Eine europäische Region im Umbruch*. Band 3 der Reihe Studien des Frankreich-Zentrums, Berlin Verlag Arno Spitz GmbH, 1998, sowie Autor des Bandes *Von de Gaulle bis Chirac. Das Politische System Frankreichs*. Westdeutscher Verlag³, 1997.

FRANKREICH-ZENTRUM

- Vortragsreihe -

Deutsch-Französische Institutionen im europäischen Kontext

Dr. Klaus Wenger, ARTE, Baden-Baden

„ARTE: Deutsch-Französischer Kulturkanal und die europäische Medienkonzentration“

Dienstag, 28. November 2000, KG II, HS 2121

*

Prof. Dr. Wolfgang Kessler, Freiburg

„Steuerliche Probleme deutsch-französischer Firmenfusionen am Beispiel von Aventis“

Dienstag, 5. Dezember 2000, KG II, HS 2121

*

Werner Zettelmeier, CIRAC, Paris

„Nationale Ausbildungseinrichtungen im europäischen Kontext“

Dienstag, 12. Dezember 2000, KG II, HS 2121

*

**Prof. Dr. Robert Picht, Deutsch-Französisches
Institut Ludwigsburg/Europakolleg Brügge**

„Qualifikation für die europäische Zusammenarbeit: Postgraduiertenausbildungskonzepte am Beispiel des Europakollegs Brügge“

Dienstag, 9. Januar 2001, KG II, HS 2121

*

**Dr. Max Dehmel, Beauftragter der
Bundesregierung für Angelegenheiten der
Kultur und der Medien, Berlin**

„Die deutsch-französische Filmakademie und die europäische Medienpolitik“

Dienstag, 6. Februar 2001, KG II, HS 2121

*

**Prof. Dr. Helene Harth,
Universität Potsdam/Deutsch-Französische
Hochschule, Saarbrücken**

„Die Deutsch-Französische Hochschule – ein europäisches Kooperationsmodell“

Donnerstag, 8. Februar 2001, KG III, HS 3043

*

Die Vorträge finden jeweils um 20 Uhr c.t. statt

- Tagung -

Institut für Soziologie

**„Geschichtsphilosophie in der
Zwischenkriegszeit“**

24./25. November 2000

Anmeldung erbeten bei:

Prof. Dr. Wolfgang Eßbach, Institut für Soziologie,
Rempartstr. 15, 79085 Freiburg

- Vortragsreihe -

In Zusammenarbeit mit
dem Institut Français Freiburg, dem Colloquium
Politicum und dem Historischen Seminar der Université
de Haute Alsace, Mulhouse

**LE MODÈLE FRANÇAIS ?
Liberté - Egalité - Fraternité**

Alain J. Lemaître, Mulhouse
La France : « Patrie des Lumières »
Donnerstag, 9. November 2000

*

Serge Berstein, Paris
« La Nation France »
Dienstag, 14. November 2000

*

Laurent Douzou, Lyon
« La Résistance : sa mémoire, ses échos »
Donnerstag, 23. November 2000

*

Florence Rochefort, C.N.R.S., Paris
« Les femmes entre égalité et parité »
Dienstag, 28. November 2000

*

Marie-Claire Vitoux, Mulhouse
« L'école et sa mission : l'éducation nationale »
Mittwoch, 6. Dezember 2000

*

René Rémond, Paris
« La laïcité à la française »
Montag, 18. Dezember 2000

*

Jeweils 20.15 Uhr, KG III, HS 3042

- Intensivseminar für Führungskräfte -

**„Unternehmensführung in deutsch-
französischen Betrieben und
Gesellschaften“**

2./3. Februar 2001, Haus Zur Lieben Hand,
Großer Saal, Löwenstr. 16, 79098 Freiburg

Eröffnung: Prof. Dr. Dr.h.c. Wolfgang Jäger, Rektor
der Universität Freiburg

Referenten des Intensivseminars sind:

- **Jean-Paul Fitoussi**, OFCE, Paris (angefragt)
- **Dick Howard**, Professor an der Universität Stony
Brooks, New York
- **Prof. Dr. Egbert Kahle**, Universität Lüneburg/
Jean-Claude Usunier, Professeur à l'Université de
Strasbourg
- **Dr. Michael Kröner**, Arthur Andersen GmbH,
Eschborn/ **Klaus Wienke**, Aventis, Schillingen
- **Jacques Pateau**, Professeur à l'Université de
Technologie de Compiègne

Moderation: Prof.em Dr. Dr.h.c. Martin Bullinger/
Prof. Dr. Rolf Renner/Prof. Dr. Hermann Schwengel

- Vortrag -

in Zusammenarbeit mit dem Colloquium Politicum

Prof. Dr. Reinhard Brandt, Marburg

**„ « Et-il partout dans les fers » -
Rousseaus Philosophie der Freiheit“**

11. Januar 2001, 20 Uhr c.t., KG III, HS 3042

**INTERDISZIPLINÄRE
FRANKREICH-STUDIEN**

- Zulassungsarbeiten 2000 -

- **Claire Amarger:** Lehrwerke für den Französisch-
unterricht in der Grundschule und in der Erwachse-
nenbildung
- **Antonius Bracht:** Das Ende des 2. Weltkriegs und
seine museale Präsentation in Frankreich und
Deutschland
- **Bérénice Hahn:** La traduction spécialisée dans le
domaine de l'audiovisuel : une analyse des émissions
« phares » d'ARTE
- **Silke Horstmann:** Bildungstraditionen in Deutsch-
land und Frankreich auf dem Weg in die Wissens-
gesellschaft
- **Andreas Kolle:** Aspekte kultureller Identität im
Elsaß
- **Sandra Kröger:** Le rôle du „couple“ franco-alle-
mand dans le processus de l'intégration européenne
depuis 1989
- **René Meier:** Die Problematik der französischen
Übersee-Départements am Beispiel der Karibikinsel
Martinique
- **Sybille Morgen:** Vergleich des Kartellverbots in
Frankreich und Deutschland unter Berücksichtigung
der aktuellen europäischen Reformdebatte
- **Stefanie Rose:** Geschäftsführerprofile in Deutsch-
land und Frankreich
- **Jan Henrik Rother:** Der französische Staat in der

auswärtigen Kulturpolitik, unter besonderer Bedeutung des Ministère des Affaires étrangères

- **Christiane Schmidt:** Das Deutsch-Französische Forum
- **Colette Walter:** Die Gründe der deutsch-französischen Fusion Aventis

- Vorankündigung -

Vortrag mit

Joschka Fischer
Bundesminister des Auswärtigen

Dienstag, 30. Januar 2001
14.30 Uhr, Auditorium Maximum, KG II